



Liebe Freundinnen und Freunde!

Wien zeigt sich von seiner schönsten frühlingshaften Seite – hat mir meine Mitarbeiterin erzählt :-). Wir haben die letzten beiden Tage bis spät abends im Plenarsaal verbracht, denn es gab eine Reihe von Gesetzen zu beschließen und heikle Themen zu diskutieren. Andererseits erfreue ich mich noch ausgiebig an der Atmosphäre des Saales, denn schon in knapp drei Monaten müssen wir das Haus räumen und Platz machen für die dreijährige Sanierung....

Wie gewohnt findet ihr nachfolgend die wichtigsten Beschlüsse der vergangenen zwei Plenartage.

*Frühlingshafte Grüße aus Wien
Eure Claudia Durchschlag*

Meine Plenarrede zum GBRG

Die kostenfreie Registrierung der Gesundheitsberufe (Pflege und gehobener medizinischer Dienst) an einer zentralen Stelle sichert, dass die Ausübenden Ausbildungen haben, die den österreichischen Standards entsprechen. Dies gewährt den Patient/innen Sicherheit in der Qualität der Behandlung und der Politik Möglichkeiten der besseren Steuerung.



[Link zu meiner Rede >](#)



Eurofighter-Untersuchungsausschuss eingesetzt

Für volle Aufklärung und Transparenz stehen die Abgeordneten Gaby Tamandl (Vorsitzende, im Bild), Michaela Steinacker (Stv. Vorsitzende), Rouven Ertlschweiger, Manfred Hofinger und Georg Vetter als Vertreter/innen des ÖVP-Klubs im jüngst beschlossenen Eurofighter-Untersuchungsausschuss. Gestartet wird mit dem mittlerweile sattnam bekannten „Vergleich“, den der damalige Minister Darabos mit dem Eurofighter-Lieferanten 2007 geschlossen hat.

Senkung der Flugabgabe

Die Flugabgabe wird ab 2018 halbiert. Das verbilligt nicht nur das Fliegen für Konsumenten, sondern fördert auch den heimischen Tourismus und sichert dort und auf den heimischen Flughäfen tausende Arbeitsplätze. Es ist zu erwarten, dass die großen Fluglinien auf diese Kostensenkung mit verstärkter Investitionstätigkeit in Österreich reagieren werden, mehr Flugzeuge in Österreich stationieren und dafür auch mehr Personal einstellen.

Mit dem Pauschalreisegesetz setzt Österreich nun die von einer entsprechenden EU-Richtlinie für diesen Bereich vorgegebenen europaweit einheitlichen Standards um. Vorgesehen sind u.a. umfangreiche vorvertragliche Informationspflichten sowie Bestimmungen über die Änderung von Pauschalreiseverträgen und die Rechtsfolgen bei nicht ordnungsgemäßer Erfüllung der vertraglichen Leistungen.

Weniger Bürokratie I

Weniger Bürokratie für Bürger/innen sowie Unternehmen, vereinfachte Verwaltungsabläufe und mehr elektronische Kommunikation mit den Behörden – das sind die Eckpunkte des Deregulierungsgesetzes, das wir diese Woche im Nationalrat beschlossen haben. Dadurch ist es z.B. möglich, sowohl Einzelunternehmen als auch Standard-GmbHs mit Mustersatzung und nur einem Gesellschafter und Geschäftsführer in einem „One-Stop-Shop“-Verfahren zu gründen.

Arbeitnehmerschutz-Gesetze und -Verordnungen müssen künftig nicht mehr in Betrieben aufliegen. Damit entfällt für 200.000 Unternehmen die aufwändige Aktualisierung.



Weniger Bürokratie II

Beschlossen wurde auch ein Deregulierungsgrundsatzgesetz. Demzufolge soll vor Beschluss eines Gesetzes künftig überprüft werden, ob es notwendig und zeitgemäß ist. Es soll nach Möglichkeit befristet erlassen und vor Verlängerung evaluiert werden („Sunset

Erleichterungen gibt es künftig auch bei Wohnsitz- bzw. Namenswechsel. Bei Wohnsitzwechsel werden die Daten zwischen Finanzbehörden und dem Zentralen Melderegister automatisch abgeglichen. Man/frau braucht auch keinen neuen Zulassungsschein für das Auto, wenn man innerhalb des gleichen Bezirks umzieht oder den Namen wechselt. Die Datenänderungen werden von den zuständigen (Standes-/Melde-)Behörden automatisch übermittelt.

Tierschutzgesetz novelliert

Eckpunkte sind etwa die verpflichtende Kennzeichnung von Zuchtkatzen mittels eines Micro-Chips ab dem Jahr 2018. Es wurde klargestellt, dass Zucht im Sinne des Tierschutzgesetzes auch dann vorliegt, wenn der Halter die Fortpflanzung bewusst ermöglicht. Privatpersonen dürfen künftig auch keine Tiere mehr auf Internetplattformen anbieten - Ausnahmen gelten für die Landwirtschaft. Als Tierquälerei gelten künftig das Aussetzen von in Gefangenschaft aufgezogenen Wildtieren, welche zum Zeitpunkt des Aussetzens nicht überlebensfähig sind sowie auch die Verwendung von Halsbändern mit Zugmechanismus, die das Atmen des Hundes erschweren. Auch die Anbindehaltung wird saniert.



Erwachsenenschutz statt Sachwalterschaft

Mit dem neuen Erwachsenenschutzgesetz kommt es zum Paradigmenwechsel in der Fürsorge für Menschen, die aufgrund einer psychischen Krankheit oder vergleichbaren Beeinträchtigung ihre Angelegenheiten nicht selbst wahrnehmen können. Anstatt sie zu „besachwalen“ soll den Betroffenen Hilfestellung für ein möglichst selbstbestimmtes Leben gegeben werden. Volljährige Personen haben z.B. künftig die Möglichkeit, im Bedarfsfall selbst eine/n Vertreter/in zu bestimmen, der/die für sie tätig werden soll („gewählter Erwachsenenvertreter“).

[Mehr Details >](#)

**Ich wünsche
Euch allen
eine schöne
Frühlingszeit &**

Frohe Ostern!



Feedback

Ich freue mich auf Eure
Rückmeldungen, Anregungen,
Ideen.... Danke!

Kontakt

Mag. Evelyn Pammer
Parlamentarische Mitarbeiterin
01-40110-4647
evelyn.pammer@parlament.gv.a
t

[Abmelden](#) [Impressum](#) [Datenschutz](#)

Parlamentsklub der
Österreichischen Volkspartei
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Tel.: +43 1 401 10

office@oevpklub.at
www.oevpklub.at